

# Das Warschauer Erdbeben und die SED

## Ulbricht vermag die Entwicklung nicht länger aufzuhalten

Eine sensationelle Entwicklung bahnt sich in den Ostblockstaaten an. Der von den Stalinisten jahrelang mit Blut und Tränen zusammengeschweißte Block der Volksdemokratien beginnt auseinanderzufallen. Die Völker der kommunistischen Randstaaten behaupten — wie vor Jahren Tito — ihr nationales Selbstbestimmungsrecht. Das macht aus diesen Ländern noch keine Demokratien. Aber die staatsführenden Kommunisten sind gezwungen, erstmals seit ihrer Machtübernahme auch nationale Interessen zu vertreten. Die „Titoisten“ von gestern werden zu KP-Führern von heute. Wer aber möchte bezweifeln, daß dies auch auf die Sowjetzone seine Auswirkungen haben muß?

Wer in diesen Tagen SED-Zeitungen liest und dazu westliche Rundfunksender hört, mag erstaunt sein über die Art, mit der die Sowjetzonen-Kommunisten die Ereignisse in ihrer unmittelbaren Umgebung zu übersehen trachten.

Vom polnischen Parteitag wird berichtet wie von einem Ereignis, das nach altgewohntem Schema abläuft, und nur ein gelegentlicher Ausfall der sowjetamtlichen „Prawda“ gegen die recht freimütig auftretende polnische Presse läßt den Leser ahnen, daß hinter den Kulissen dieser Schweigetaktik einiges mehr geschieht.

### SED hat Angst

Tatsache ist, daß die SED selten in größerer Furcht lebte als in diesen Tagen politischer Umwälzungen in den Nachbarstaaten. Polen ist das Territorium, das die SED von Moskau trennt. Und jene Männer, die heute nationalkommunistische Interessen in Polen vertreten, haben keine Lust, sich für einen Ulbricht mit dem Westen anzulegen. Das heißt: Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn sind im Augenblick völlig mit sich selbst beschäftigt; Moskau hat alle Hände voll zu tun, um die Entwicklung unter leidlicher Kontrolle zu halten. Für die SED aber bedeutet die geringste Unruhe im eigenen Machtbereich bereits höchstes Alarmsignal,

Betrachten wir es anders herum: Die Sowjetzone lebt in einem Entstalinisierungsprozeß, die neuen Herren haben noch nicht wieder die Macht Stalins erreicht, und es bleibt zweifelhaft, ob sie diese je erreichen werden. In den Volksdemokratien hat der Entstalinisierungsprozeß durch den Durchbruch einer nationalen Bewegung zur Folge gehabt, die den Stalinismus in einen „Titoismus“ zu verwandeln droht. Das letzte Land wird also — so seltsam es klingen mag — die Sowjetzone sein.

### Hat die SED einen Tito?

Nur die Tatsache, daß die SED keinen Tito oder Gomulka hat, der jetzt unmittelbar die Nachfolge Ulbrichts beanspruchen könnte, schiebt hier die Entwicklung hinaus. Dazu kommt, daß auch der oppositionellste SED-Führer keine „nationalen Interessen“ vertreten könnte, solange die Sowjetzone nur ein der Wiedervereinigung entzogener Teil Deutschlands ist. Die dritte Überlegung ist die aktuellste: Die SED kann sich zur Zeit nicht die geringste Reform nach dem Muster der Ostblockstaaten leisten, weil sie befürchtet, daß aus jedem geöffneten Ventil mehr Luft entweicht, als dem überheizten Dampfkessel „Sowjetzone“ zuträglich ist.

Kann man damit aber eine Entwicklung aufhalten, die un-

vermeidlich ist? Die SED hat in den letzten Monaten minimale Zugeständnisse gemacht. Aber diese waren so minimal, daß sie nicht einmal als geringfügige Kursänderung zu werten sind. Ulbricht ist ein kommunistischer Don Quichotte geworden: Nur weil er Furcht hat, in voller Fahrt zu bremsen, rast er weiter dem politischen Abgrund entgegen. Und es findet sich kein Mann aus dem Politbüro, der es wagt, das entscheidende Wort zu sagen: „Wir müssen das Ruder herumreißen wie die polnischen Kommunisten, ehe uns die Entwicklung überrollt!“

### Was kann man tun?

Spekulationen sind nicht am Platze. Die Entwicklung des Weltkommunismus ist im Fluß, alle Faktoren sind in Bewegung geraten. Die SED wird ihren Weg ungeachtet aller Warnschilder weitergehen, bis sie die Ereignisse zu einer Kursänderung zwingen. Aber man kann schon etwas dafür tun. Man kann die Forderungen der polnischen und ungarischen Arbeiter auf die sowjetzonalen Betriebe übertragen, bessere Lebensverhältnisse erzwingen. Und sei es durch disziplinierten Streik, dem die SED heute keine Panzer mehr entgegenzustellen wagt. Man kann dem staatlichen Machtapparat die Stirn bieten, Terror der Polizei- und Justizorgane braucht nicht mehr stillschweigend geduldet zu werden. Es gibt für die Menschen der Sowjetzone in dieser Stunde nichts Erfolgversprechenderes, als auf jene Zeichen zu achten, die aus Warschau und anderen Ostblockzentren kommen. Was heute in Warschau geschieht, muß, so will es das Gesetz der Geschichte, auch einmal in Ostberlin passieren.



## Bonn und das Ostdrama

WG. In den europäischen Kolonien Moskaus wurde mit der Verurteilung Stalins und seiner Gauleiter sowie mit der Rehabilitierung Titos eine Bewegung ausgelöst, die in dramatischen Aktionen die parteipolitische Unabhängigkeit von der sowjetischen Zentrale des Kommunismus erstrebt. Von dem Neuen Kurs selbst sind die Kräfte geweckt worden, die im Begriff sind, die bis zur Hörigkeit erstarrte Abhängigkeit der kommunistischen Parteien von der KPdSU gründlich aufzulockern. Das plötzliche Erscheinen Chruschtschows mit großem Gefolge in Warschau, mitten in den antistalinistischen Liquidationsprozeß Polens hinein, deutet mit Sicherheit an, daß die Bewegung über das von Moskau einkalkulierte Risiko hinausgegangen ist und deshalb gebremst und „kanalisiert“ werden soll. Ihr abschließendes Ergebnis ist also noch nicht abzusehen, aber es ist, angesichts der bitteren Erfahrungen des polnischen Volkes, in denen der gleichfalls in Warschau anwesende Molotow keine geringe Rolle spielt, kaum anzunehmen, daß der frühere Zustand einfach wiederhergestellt werden könnte.

### Nur Pankow ist „reaktionär“

Hinter dieser Entwicklung bleibt Pankow wie immer als reaktionärer Nachzügler zurück. Genosse Ulbricht macht ruhig weiter, als ob auf dem internationalen Feld des Kommunismus nichts geschehen wäre. Er ist der treueste Anhänger selbst noch des öffentlich verworfenen Stalin und — neben Hitler — der deutsche Partner seiner historischen Schuld und Verurteilung. Noch erstaunlicher ist es allerdings, daß mit ihm auch die „bürgerlichen“ Satelliten der Zone steifen Kurs halten: Sie laufen weiter mit. Die Furcht, die ihre bisherige Haltung bestimmte, hat sie sozusagen überrundet und umschattet bereits ihr Handeln von morgen. Sie haben kein Gefühl dafür, daß der Kampf der kommunistischen Parteien des Ostblocks um die Selbständigkeit gegenüber der KPdSU auch ein

Signal für sie selbst sein sollte zur Sicherung ihrer Selbständigkeit gegenüber der kommunistischen SED. Sie sind, bildlich gesprochen, in einem ungewöhnlichen Anpassungsprozeß gewissermaßen Haustiere der kommunistischen Diktatur geworden, die sich unter ihrem Joch bereits wohl fühlen und es nicht mehr abschütteln wollen. Haustiere nämlich sind nach der fachlichen Definition des Großen Herder „zur Nutzbarmachung ihrer Produkte und Leistungen oder zum Vergnügen von Menschen gehaltene Tiere, die sich in der Gefangenschaft fortpflanzen, den menschlichen Einflüssen unterliegen und sich gegenüber ihren wilden Vorfahren gestaltlich und physiologisch verändert haben“. Das ist, ins Menschlich-Politische übertragen, ein fotografisch genaues Bild des Zustandes, in dem sich die nichtsozialistischen Parteien der Zone gegenüber der kommunistischen Diktatur des Genossen Ulbricht befinden.

Wir sind, wie wir immer wieder erklären und selbst auch üben, für alle Kontakte mit den Menschen der Zone. Sie können gar nicht häufig und herzlich genug sein. Doch jenen Parteien, die sich liberal, demokratisch und sogar christlich nennen, aber dank ihres domestikalischen Gestaltwandels nur im Sinne ihrer kommunistischen Herren handeln, kann man nur sagen, daß es ganz unmöglich ist, mit ihnen zu verhandeln. Dieser Grundsatz bleibt solange gültig, wie sie an der Einheitsliste festhalten und also in verfassungswidriger Weise ihren Anteil an den Wählerstimmen im voraus von der SED bestimmen, sich von ihr lenken und in ihrer Selbständigkeit beschränken lassen. Willkommene Gesprächspartner sind sie dagegen dann, wenn sie als Parteien wieder echt demokratische Gestalt, wieder politische Individualität und Originalität gewonnen haben, kurz gesagt, wenn sie aus eigenem Recht, aus eigener Kraft und aus eigener Verantwortung wieder selbständig handeln.

### Lob der Unabhängigkeit

Der Grundsatz, daß man nur mit selbständigen Trägern der Politik verhandeln kann, gilt auch auf der internationalen

Ebene. Die Tatsache, daß ein Staat eine kommunistische Ideologie und Organisation angenommen hat — mag dieser Zustand einer Vergewaltigung oder einer freien Zustimmung entsprungen sein, was allerdings im letzten Falle noch niemals geschehen ist —, schließt fruchtbare diplomatische Beziehungen mit ihm nicht aus. Kommunistisch zu sein, wenn das dem Willen des Volkes entspricht, ist nämlich sein gutes Recht, das niemand zu beanspruchen vermag. Nicht seine kommunistische Organisation, sondern seine politische Unabhängigkeit ist entscheidend dafür, ob ein Staat im diplomatischen Verkehr wirklich handlungsfähig ist oder nicht. Unabhängig aber, so formulierte ein führender Vertreter des Völkerrechts, der verstorbene englische Professor J. L. Brierly, ist nur ein Staat, „der seine auswärtigen Beziehungen selber lenkt ohne Vorschriften von anderen Staaten“. Wo dieses Recht nicht besteht oder nicht mehr ausgeübt wird, da verlieren die diplomatischen Beziehungen ihre eigentliche politische Funktion. Sie schrumpfen zu einer Formalität zusammen, die allenfalls noch der Wahrung konsularischer Aufgaben genügt.

Das beste Beispiel hierfür lieferte 1947 die Tschechoslowakei, als sie die amerikanische Einladung zur Marshallplan-Konferenz zunächst annahm, dann aber auf Grund einer sowjetischen Intervention wieder zurückwies. Die Entscheidung über diesen Akt der tschechoslowakischen Außenpolitik fiel nicht in Prag, sondern in Moskau. Der Vorgang zeigt, daß Verhandlungen und auch diplomatische Beziehungen mit einem von Moskau abhängigen Satellitenstaat mindestens fragwürdig sind.

### Kontakt ist notwendig

Das ist die eine Seite des Problems. Das in der heute viel erörterten Frage liegt, ob die Bundesrepublik zu den Staaten des Ostblocks und insbesondere zu Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei, wo ein solcher Wunsch laut geworden ist, diplomatische Beziehungen anknüpfen soll. Diese Frage ist mit dem gebotenen Ernst auch

(Fortsetzung auf Seite 7)



## Moskaus scharfer Ton

### Ein Wort zur Antwortnote an Bonn

DT. Moskau beantwortete das Deutschland-Memorandum der Bundesrepublik im Zeichen der Vorgänge in Polen. Das erklärt den scharfen Ton der Note. Er ist so überraschend, weil das deutsche Memorandum bewußt konziliant, entgegenkommend, beschwörend, aber fast freundlich abgefaßt und auf alle sowjetischen Bedenken und Sicherheitswünsche freimütig eingegangen war. Daß die sowjetische Antwort nichts Neues enthält, verwundert deshalb weit weniger als die Art, wie in ihr die alten Ansichten, jetzt fast zu Thesen verschärft, vorgebracht werden. Und das geschieht angesichts der polnischen Vorgänge mit zweckhafter Wirkung auf Pankow: Dort, in Pankow, soll in dieser titostischen Unruheperiode das Gefühl „unverbrüchlicher deutsch-sowjetischer Freundschaft“ bestärkt werden. Pankow soll wissen, daß es auf Moskau bauen kann und von diesem nicht um der demokratischen deutschen Wiedervereinigung fallengelassen wird. Pankow soll sich deshalb noch mehr an die Sowjetunion anlehnen und noch entschiedener alle titostisch-gomulkaistischen Tendenzen abwehren — damit ein nationalkommunistisches Polen nach Ost wie nach West in der sowjetischen Zange bleibt.

### Augenblickssicht

So sieht Moskau augenblicklich das Deutschlandproblem. Aber es ist, wie gesagt, eine Augenblickssicht, die sich bald ändern kann, womit natürlich auch die unfreundliche, fast polemische Ausdrucksweise des Augenblicks abgeschwächt und sanfter werden würde. Moskau ist aber auch nicht naiv genug, jetzt einzig und allein das Deutschlandproblem im Zeichen der Ostblock-Gärung zu sehen. An eine tatsächliche Verschlechterung der Beziehungen zu Bonn ist nicht gedacht. Im Gegenteil: nach den langen, nur in neue Worte gekleideten Tiraden gegen NATO-Mitglied-

schaft und für Verhandlungen zwischen Bonn und Pankow erwähnt die Sowjetnote zum Schluß den Wunsch nach noch engeren politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Kontakten zwischen der Sowjetunion und der Bundesregierung — natürlich auf der Basis der Spaltung. Vorläufig jedenfalls.

Moskau versucht also, die Initiative der Bundesregierung zur ernsthaften Weiterführung des Deutschlandproblems abzustoppen, zu verzögern oder zumindest vorerst im Sande verlaufen zu lassen. Es wird die deutsche Aufgabe sein, ein solches Vorhaben zu verhindern durch ein Nichtnachlassen der Wiedervereinigungsinitiative im Rahmen des deutsch-sowjetischen Verhältnisses. In der gegenwärtigen, für die Sowjetführung so sorgenvollen Situation ist das fraglos ein schwieriges und ungünstiges Unterfangen. Es kann nur mit diplomatischem Feingefühl bewältigt werden. Vor allem darf nicht nachgelassen werden, den Russen das klarzumachen, was sie immer noch nicht einsehen wollen: daß sich die Wiedervereinigung nicht gegen die Sowjetunion richtet,

## Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichtskarte oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni

Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

sondern im Gegenteil es nur in deren Interesse liegen kann, in Mitteleuropa einen befriedeten und in keiner Weise antisowjetisch-grollenden Zustand zu schaffen.

## Die Aufgabe Smirnows

Dem neuen Sowjetbotschafter in Bonn, Smirnow, wird hier eine besonders verantwortungsvolle Rolle zufallen. Er wird vor allem seiner Hauptstadt zu berichten haben, wie unsachlich die Behauptungen der Sowjetnote sind, in der Bundesrepublik herrsche Unterdrückung und Unfreiheit. Er wird berichten müssen, wie die „Stimmung“ in Deutschland tatsächlich ist und warum sie so und nicht anders gegen die Machthaber in Pankow sein kann. Er wird aber auch den Standpunkt der Bundesregierung in der Sicherheitsfrage und Militarisierung seiner eigenen Regierung interpretieren, die in ihrer Note hier immerhin Anknüpfungspunkte für weitere Gespräche sieht und offenbar befürwortet.

Auch das beweist ein sowjetisches Interesse an weiteren Kontakten. Aber bewußt und

sicherlich ganz absichtlich ergeht sich die Sowjetnote in Andeutungen, die alle eventuellen Möglichkeiten in weite Zukunft verschieben — zumindest aber bis nach den Bundestagswahlen. Ganz offen heißt es: „Heute ist die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands in erster Linie eine Frage der Änderung des augenblicklichen politischen Kurses der Regierung der Bundesrepublik.“ Deutlicher konnte kaum versucht werden, auf die Wähler einzuwirken, einen „besseren“ Bundestag zu wählen, damit die Voraussetzung eines anderen Regierungskurses geschaffen wird. Ob die parteipolitischen Opponenten der jetzigen Bundesregierung aber Grund haben, über eine solche sowjetische Schützenhilfe im Wahlkampf froh zu sein, wird sich zeigen.



## Die Zahlen lügen!

DT. Die Rede Gomulkas, des neuernannten ersten Sekretärs der polnischen Kommunistischen Partei, wird auch zur Revision mancher Vorstellungen über die wirtschaftlichen Fortschritte führen, wie man sie über die Fünfjahrespläne hinter dem Eisernen Vorhang auch in westlichen Ländern häufig dargestellt findet. Dieser prominente Kommunist, der mit den wirtschaftlichen Verhältnissen seines Landes aufs Beste vertraut ist und der jetzt den Stalinismus abschwört, hat offen ausgesprochen, was man in den hohen Gremien der UN (etwa in den umfangreichen Wirtschaftsberichten der Europäischen Wirtschaftskommission in Genf, ECE) niemals offen ausgesprochen hat: Die Zahlen lügen. Gomulka sagte (nach DPA): „Die Posener Unruhen sind auch auf Lügen und Täuschung der Regierung durch Statistiken zurückzuführen.“ Nach dem Reuter-Bericht aus Warschau erklärte er: „Die Unruhen waren durch Lügen verursacht wie durch das Jonglieren der Regierung mit den Lohnstatistiken, wonach sich der Arbeitslohn in sechs Jahren um 27 Prozent verbessert haben soll.“

Die offiziellen polnischen Statistiken wiesen beispielsweise eine Erhöhung des Reallohnes in Polen von 1954 auf 1955 von fast 7 Prozent nach und seit 1949 um 28 Prozent. Die Erzeugung von Konsumgütern soll danach in den letzten Jahren jährlich um 10 bis 19 Prozent

wachsen sein und nach dem Plan weiterhin um jährlich 7 Prozent zunehmen. Gomulka aber erklärte: Man müsse jetzt den Arbeitern die Wahrheit sagen. Tatsächlich erlaube es die Wirtschaftslage überhaupt nicht, die Löhne zu erhöhen. „Der Bogen ist bis zum Brechen gespannt.“

Vor allem bestätigte Gomulka, daß die Kollektivierung in der Landwirtschaft ein Versagen war. Wer hätte es je für möglich gehalten, daß im Agrarstaat Polen, der sich dazu noch der besten deutschen Provinzen der landwirtschaftlichen Überproduktion bemächtigt hat, und der vor dem Kriege seinen Agrarüberschuß umfangreich ausführen mußte, jemals eine Knappheit an Lebensmitteln entstehen könnte. Sie ist eingetreten, obwohl Polen zu den sowjetisierten Staaten gehört, die noch die relativ größte Zahl von Einzelbauern haben. Aber diesen hat die Planwirtschaft die Lust am Produzieren gründlich verleidet. Trotzdem, so teilte Gomulka mit, produzieren die noch nicht kollektivierten Bauern 83,9 Prozent der heuti-

gen landwirtschaftlichen Erzeugnisse in Polen, obwohl sie nur noch 78,8 Prozent des Ackerbodens besitzen, während die Staatsgüter nur 8,4 Prozent der landwirtschaftlichen Erzeugnisse liefern, obwohl sie schon 12,6 Prozent des Ackerlandes bewirtschaften; bei den Kollektivgütern ist es ähnlich.

Einen Blick in das Versagen der Planwirtschaft überhaupt erlaubt auch die Feststellung Gomulkas, daß „viele polnische Fabriken wegen Rohstoffmangels nicht arbeiten“. Wir wissen, daß die Wirtschaftsverhältnisse in der Sowjetzone grundsätzlich vom gleichen Krebs befallen sind. Über sie werden wir erst offiziell unterrichtet werden, wenn sich auch dort ein Gomulka findet, der den überfälligen Stalinisten Ulbricht ablöst. Auch dann würde eine vielleicht weniger terroristisch gelenkte Planwirtschaft mit den grundsätzlichen Mängeln dieses Systems behaftet bleiben, jedoch möglicherweise wieder einige menschlichere Züge erhalten, besonders in der Landwirtschaft, deren Versagen unter den Bedingungen der Kollektivierung bekanntlich auch zum Sorgenkind Nummer 1 der Moskauer Machthaber gehört.

## Gespräche mit Funktionären sinnlos

Lenz und Kiesinger gegen voreilige Angebote

Straßburg (AP/DPA). Maßgebliche Politiker der CDU/CSU, die an der Beratenden Versammlung des Europarates in Straßburg teilnehmen, haben vor der Presse wirtschaftliche

Konzessionen an die Sowjetunion als Kaufpreis für die deutsche Sowjetzone „im gegenwärtigen Stadium zumindest verfrüht“ genannt.

Dr. Lenz, der Vorsitzende des außenpolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sagte: „Zunächst müssen wir abwarten, ob und wie die Sowjetunion auf unsere Deutschland-Note antwortet, damit wir wissen, ob drüben überhaupt eine Verhandlungsbereitschaft besteht.“

Als „Dilettantismus“ bezeichnete es der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des Bundestages, Kiesinger, wenn immer wieder versucht werde, „mit solchen Einfällen das Problem überhaupt nur angehen zu wollen“. Die Lösung der Deutschlandfrage könne allein im Rahmen einer globalen Lösung der Ost-West-Spannung gesucht werden.

## Notruf aus Sibirien

Eine Mutter bittet ihre Kinder um Hilfe

Göttingen (AP). Über Tausende von Kilometern hinweg hat jetzt eine Mutter ihre Kinder um Hilfe gebeten. Zum zweitenmal innerhalb von acht Wochen erreichte am Dienstag die in Northem/Göttingen lebenden Kinder der 64jährigen Volksdeutschen Magdalena Bamesberger ein Telefonanruf ihrer Mutter aus Karaganda in Sibirien. Frau Bamesberger bat ihre Kinder, ihr über die Bundesregierung und die deutsche Botschaft in Moskau zur Ausreise aus der Sowjetunion

nach Deutschland zu verhelfen. Frau Bamesberger war 1944 aus Bessarabien in den Warthegau umgesiedelt und bei Kriegsende von den Sowjets nach Sibirien verschleppt worden. Wie aus dem nur wenige Minuten dauernden Gespräch zu entnehmen war, lebt sie zur Zeit als „freie Bürgerin“ in Karaganda und bemüht sich verzweifelt um eine Ausreisegenehmigung, die sie aber bisher nicht erhalten habe. Volksdeutsche haben in der Sowjetunion einen besonderen Status.



So sind sie wirklich:

## Nach Belgrad mit schwerem Gepäck

### PAUL VERNER

Eine Gruppe hoher SED-Funktionäre verläßt in diesen Tagen Ostberlin, um Warschau, Budapest und Belgrad zu besuchen. Äußerer Anlaß ist der 20. Jahrestag der Bildung rotspanischer Interbrigaden. Tatsächlich aber ist diese Reise ein Test: Was geht hinter der östlichen Zonengrenze wirklich vor?

Die SED hat politische Instinktschwächen bei solchen Reisen nie ganz vermieden. Sonst hätte man Paul Verner nicht ausgerechnet nach Belgrad geschickt. Verner ist Abteilungsleiter für „Gesamtdeutsche Fragen“ im SED-Zentralkomitee und leitete als solcher in der Vergangenheit die „Liquidation titoistischer Bestrebungen in der KPD“. Viele westdeutsche Kommunisten, die sich vom jugoslawischen Beispiel angesprochen fühlten, fielen ihm zum Opfer. Er selbst bezeichnete Tito als einen „kleinen, verächtlichen Nachahmer Trotzki“. Jetzt wird er diesem Mann in Belgrad die Hand schütteln müssen ...

„Zum Helden kein Talent!“

Verners Herkunft ist unbekannt. Sein Vater soll bürgerlicher Journalist gewesen sein. Er ist heute 40 Jahre alt und kam in den letzten Jahren der Weimarer Republik zu den Jungkommunisten und zur KPD. 1936 verließ er Deutschland in Richtung Paris, wo ihn eine Emigrantengruppe in eine der soeben gebildeten „Internationalen Brigaden“ für Spanien steckte. Verner verstand es, nie an die Front zu kommen. „Zum Helden habe ich kein Talent!“ gestand er seinen Mitkämpfern, und diese setzten ihn als Etappen-Propagandisten ein. Als der Bürgerkrieg verloren ging, umschiffte er mit viel Geschick die französischen Internierungslager seiner Kameraden, um über die Schweiz nach Schweden zu emigrieren. 1938 blieb er anlässlich eines Besuches in der Sowjetunion, um die sowjetische Staatsbürgerschaft und den Posten eines Lehrers im späteren „Nationalkomitee Freies

Deutschland“ anzunehmen. 1945 nach Ostberlin zurückgekehrt, baute er gemeinsam mit Erich Honecker die FDJ auf, bis er 1949 im Machtkampf gegen Honecker unterlag.

Ulbrichts Sekretär

Ulbricht, der sich gern als „Freund der Jugend“ sehen ließ, war diese Entwicklung unangenehm. Er suchte einen willigen Mann, der für ihn den FDJ-Apparat kontrollierte. Die Rivalität Verners mit Honecker war die gern akzeptierte Voraussetzung dazu. Verner wurde — nach kurzem Zwischenspiel in der Organisationsabteilung des Zentralkomitees — Ulbrichts Sekretär und beeinflusste die FDJ-Arbeit trotz anderer Funktionen bis zum endgültigen Sturz seines Rivalen.

Für die Öffentlichkeit ist Verner seit 1953 der Nachfolger Franz Dahlems in der Westarbeit der SED. Seit 1950, seit seiner Berufung in das Sekretariat des Zentralkomitees, hat Verner für Ulbricht unermüdlich die Fäden für eine neue

„Westarbeit“ gezogen. Der Sturz Dahlems war zugleich sein Erfolg. Geschickt verstand er es, Dahlems Leute auszubooten und Ulbrichts Gefolgsleute von Ostberlin bis Düsseldorf zu platzieren. „Titoistische Umtriebe“ waren der Vorwand, um manchen alten Kommunisten aus dem Apparat zu entfernen. Am Sturz des 2. KPD-Vorsitzenden Kurt Müller und dessen späterer Sowjethaft ist er nicht unbeteiligt. Um so schwerer traf es ihn, daß er 1954 nicht mehr in das Sekretariat des Zentralkomitees gewählt wurde. Ulbricht fürchtete, der „junge Mann“ könne übermütig werden ...

Nachfolger Reimanns?

Heute hat Verner trotz allem eine große Macht in Händen. Er reflektiert auf die Nachfolge Reimanns, obwohl es kaum ein Argument gibt, das ihn dafür prädestiniert. Nur: es gibt wenig SED-Funktionäre, die die Tastatur des illegalen KP-Apparates so zu spielen vermögen, wie das die Zukunft erfordert.

Darüber hinaus gehört Verner zu jener jüngeren Funktionärs-Equipe, die für künftige Aufgaben ausersuchen ist. Verner hat es während der letzten Jahre verstanden, seine Leute in alle Massenorganisationen einzuschleusen. Für den nominellen Chef des „Ausschuß für Deutsche Einheit“, den ehemaligen LDP-Finanzminister Dr. Loch, hegt er tiefe Verachtung. Trotzdem hat ihn die SED für den Fall, daß Loch Pankows „gesamtdeutscher“ Minister werden sollte, als Staatssekretär vorgesehen. Verner wiederum weiß, daß er mit Ulbricht steht und fällt. Seine Reise nach Belgrad, belastet durch das schwere Gepäck antitoistischer Radikalkuren, kann nur einen Sinn haben: einen dem 1. SED-Sekretär ergebenden Beobachter in die Residenz Titos zu schicken und zugleich eine Art Zerreißprobe für den Fall zu demonstrieren, daß Ulbricht in Kürze selbst den Canossa-Gang nach Belgrad antreten muß ...

### Tag der Volksabstimmung

Bonn (DPA). Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, erklärte im saarländischen Rundfunk, der Tag der Saarabstimmung am 23. Oktober 1955 werde von der Bevölkerung des Saargebiets wie vom ganzen deutschen Volk als der Beginn der Wiedervereinigung Deutschlands angesehen. Vor der Abstimmung sei mit allen verfügbaren Mitteln versucht worden, das politische Bekenntnis der Saar zu Deutschland zu verhindern. „Aber unser Volk an der Saar erwies sich als unbeirrbar und unbestechlich. Der 23. Oktober 1955 ist für das deutsche Volk nicht nur der Wendepunkt im Schicksal der Saar.“



# Die Zeichen von Magdeburg

## Unfähige „Gewerkschaften“ und betrogene Arbeiter

Die Proteste Magdeburger Arbeiter gegen die katastrophale Versorgungslage ihrer Stadt haben ein Schlaglicht geworfen auf die Zustände, wie sie in so vielen mittleren Zonenstädten heute herrschen. Der westliche Betrachter, dem für gewöhnlich nur Ostberlin, Leipzig oder mitunter einmal Weimar und Rostock offenstehen, hat es schwer, sich hier über die Lebensbedingungen zu informieren. So wird aus Dingen, die in der ganzen Zone an der Tagesordnung sind, oft eine falsche Sensation. Und andere Zonenbewohner kommen mit Recht nach dem Westen: „Was wißt Ihr schon von uns?“ Was also steckt nun wirklich hinter „Magdeburg“?

Hier hat sich nun die Unzufriedenheit der Arbeiter in drastischer Weise entladen. Magdeburg wird von der SED seit langem zugunsten anderer Zonen-Großstädte in der Belieferung mit Lebensmitteln benachteiligt. Viele Magdeburger schicken ihre Angehörigen auf tagelange „Einkaufsfahrten“ in andere Orte, die Stadtverwaltung selbst steht vor unlöslichen Versorgungsproblemen. Magdeburgs Bauprogramm wurde zugunsten schwerindustrieller Bauvorhaben gestoppt, die Wohnungsnot ist größer als je zuvor. Das Verkehrsnetz in der Innenstadt ist eine Katastrophe. Die Arbeiter wissen nicht, wie sie pünktlich zur Arbeit und wieder nach Hause kommen sollen. Einige Magdeburger Großbetriebe haben versucht, trotz allen diesen Unstimmigkeiten neue Industrienormen einzuführen und die Löhne der Arbeiter zu beschneiden.

### SED gab nach

Das alles hätte zu einer unvermeidlichen Explosion geführt, wenn — die SED nicht im letzten Augenblick nachge-

geben hätte. Als die ersten stürmischen Betriebsversammlungen nach Ostberlin gemeldet wurden, fuhr SED-Politbüromitglied und „Versorgungskommissar“ Fred Oelßner selbst nach Magdeburg, um die Dinge an Ort und Stelle zu regeln. Seine erste Reaktion war die Amtsenthebung einiger FDGB-Funktionäre, die nichts weiter taten, als die Befehle ihrer Ostberliner Zentrale ohne Rücksicht auf die Stimmung in den Betrieben durchzuführen.

Es ist müßig, zu erörtern, was geschehen wäre, wenn die SED nicht nachgegeben hätte. Sie hat nachgegeben! Allerdings konnte sie nicht mehr verhindern, daß Berichte über die Lage der Magdeburger Arbeiter in die Außenwelt, in die Berliner Zeitungen und — nach dem Westen drangen. Und da stellte sich heraus, daß es zur gleichen Zeit nicht anders aussah in Chemnitz, Frankfurt und Rostock, nur mit dem Unterschied, daß es den dortigen SED-Leitungen gelang, die Dinge zu vertuschen.

### Wie soll das weitergehen?

Wir haben in den letzten Wochen immer wieder auf die Ursachen dieser Situation hingewiesen. Der Versuch der SED, entgegen allen Argumenten der Volkswirtschaft und der Vernunft, den „Sozialisierungskurs weiterzutreiben, muß zu einer wirtschaftlichen Katastrophe führen. Wenn nicht bis zum Frühjahr die Planziffern in den entscheidenden Industriezweigen geändert werden, sind Vorfälle wie die von Magdeburg in weitaus größerem und gefährlicherem Umfang unvermeidlich! Die Gewerkschaften, soweit man den FDGB als solches gelten lassen

## SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2. Druck: W. Büxenstein, GmbH.

will, haben eingestandenmaßen versagt. In den Betrieben herrscht eine Atmosphäre maßloser Erbitterung, die nicht allein auf die neuen Normentreibereien zurückzuführen ist. Produktions-Zerlauf und unsinnige Anordnungen der Ministerien machen die Arbeit sinnlos und unrentabel, der Arbeiter muß es ohne eigenes Verschulden an seiner Lohntüte büßen. Seine Frau aber steht indes stundenlang vor den Konsumläden, um die dringend benötigten Lebensmittel herbeizuschaffen. Nirgends zeichnet sich eine Besserung ab, die SED zieht eines ihrer Versprechen nach dem anderen zurück. Die Arbeiter fühlen sich mit Recht betrogen, und es darf nicht wundernehmen, wenn sie der SED die Zähne zeigen. Letztlich sind sie es, mit deren Arbeit der gesamte kommunistische Apparat noch zusammengehalten wird, und die Kommunisten selbst werden sich hüten, den Arbeitern mit der alten Terrormethode entgegenzutreten.

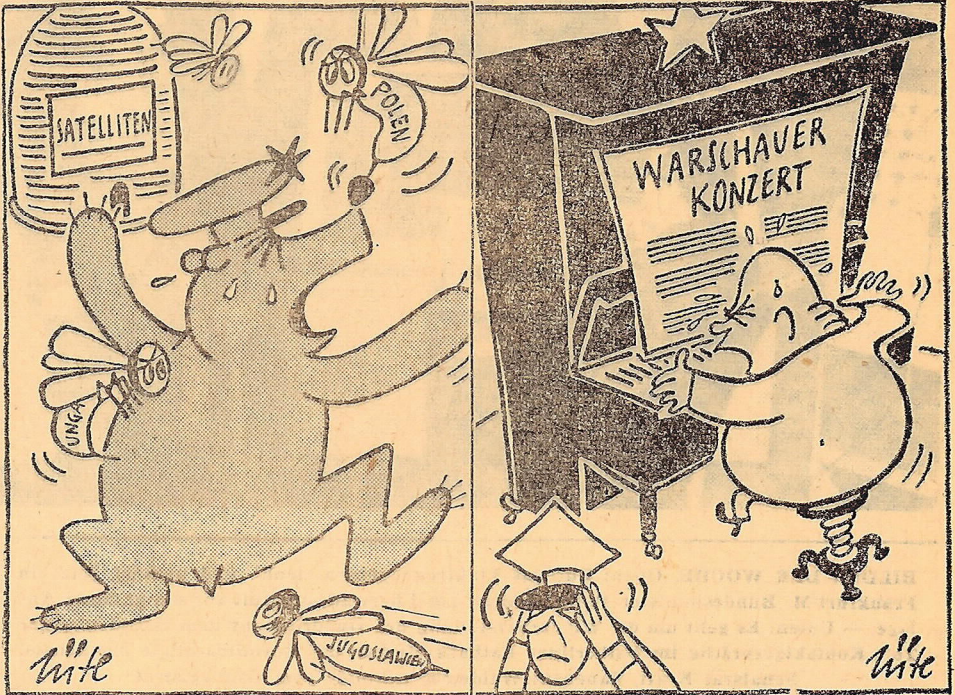
Das sind die wahren Zeichen von Magdeburg. Und es scheint, sie verdienen viel mehr Beachtung, als irgendeine „Sensation“ diese zu bieten vermöchte. In Magdeburg hat die SED die Schraube überdreht, soll sie sich hüten, sie andernorts noch schärfer anzuziehen ...

## „Unteilbares Deutschland“ für großzügige Handhabung

Bonn (DPA). Ein Sprecher des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ befürwortete am Dienstag in Bonn eine „großzügige und humane Handhabung“ der wenigen Fälle von politisch Inhaftierten in der Bundesrepublik. Das Kuratorium habe sich von Anfang an für jedn nur erdenkliche Maßnahme eingesetzt, die zur Freilassung der politischen Gefangenen in Mitteldeutschland führen kann, erklärte das geschäftsführende Mitglied Dr. Wilhelm Wolfgang Schütz.



## Der Fall Gomulka



Der „Bienenvater“!

MISSTÖNE

## Bonn und das Ostdrama

(Fortsetzung von Seite 2)

unter dem Gesichtspunkt zu sehen, daß das nationalsozialistische Deutschland schuldig an dem großen Unglück ist, das jene Länder mit der Unterwerfung unter die sowjetisch-kommunistische Herrschaft betroffen hat. Wir haben gerade deshalb den Wunsch, mit ihnen einen Kontakt wiederherzustellen, der eine gute Nachbarschaft ermöglicht.

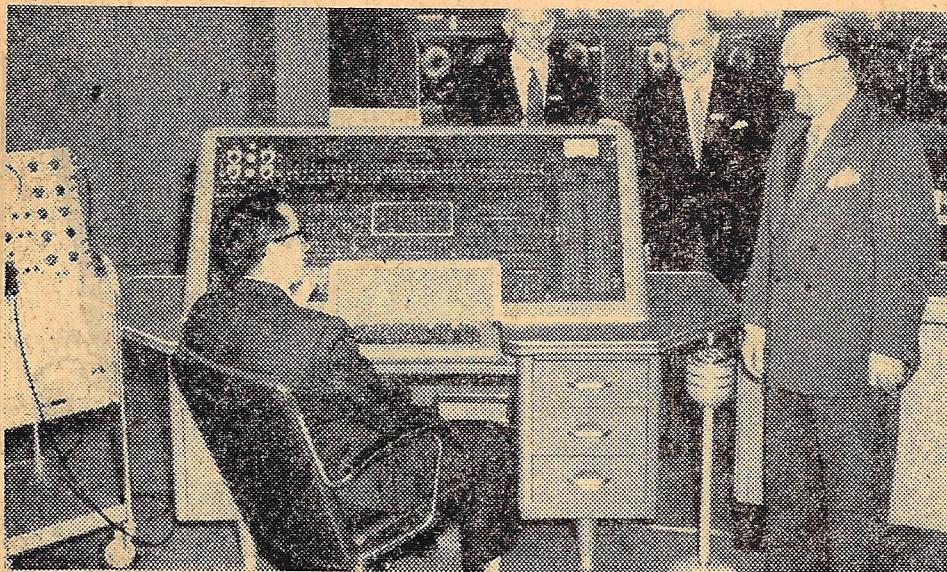
Das Problem hat aber noch eine andere, für Deutschland sehr ernste Seite. Die bisherige deutsche Zurückhaltung ist hauptsächlich hier begründet. Wir meinen die deutsche Lebensnotwendigkeit, nichts zu tun, was eine „Vereisung“ der Spaltung unseres Landes gefährlich fördern könnte. Wenn nämlich die Bundesrepublik et-

wa nach Warschau, Prag und Budapest, wo Pankow illegale Missionen unterhält, Botschafter entsendet, dann unterstreicht sie dort die von Moskau behauptete „Realität zweier deutscher Staaten“, die wir niemals anerkennen werden. Wir würden auf diese Weise dazu beitragen, daß die internationale Politik sich an die gefälschte Realität gewöhnt und würden also die allgemeine Einsicht in die Notwendigkeit der Wiedervereinigung Deutschlands empfindlich schwächen. Nicht Gleichgültigkeit oder politische Abneigung gegenüber diesen Völkern, die uns völlig fernliegt, sondern ein strenges Gebot nationaler Interessenwahrung steht also der Herstellung diplomatischer Beziehungen mit ihnen noch im Wege.

Nun gibt es zwischen diplo-

matischen Beziehungen vollen Ranges und dem diplomatischen Nichts manche Zwischenstufen weniger verbindlichen Charakters. Es gibt die Möglichkeit von Kontaktstellen, die außerhalb der üblichen Formen diplomatischer Beziehungen liegen, aber doch die Gelegenheit zum Gespräch, zur gegenseitigen Information und auch zur Regelung von Fragen gemeinsamen Interesses bieten, an denen es diesen Ländern gegenüber ja nicht fehlt. Hier ist die Sache, nämlich der Kontakt, wichtiger als die Form, deren er sich bedient. Wir sind deshalb der Meinung, daß die Bundesregierung ohne Zeitverlust bemüht sein sollte, einen solchen Kontakt, vor allem mit Warschau, Prag und Budapest, in einer Form herzustellen, die den grundsätzlichen deutschen Standpunkt nicht berührt, aber doch einen ständigen Gedankenaustausch ermöglicht.





**BILDER DER WOCHE.** Oben: Europas Elektronengehirn denkt und rechnet jetzt in Frankfurt/M. Bundesminister Balke (rechts) am Überwachungspult für die gesamte Anlage. — Unten: Es geht um die Wiederherstellung der Quadriga auf dem Brandenburger Tor. Kontaktgespräche im Ostberliner Rathaus. Rechts: der Bevollmächtigte des Senats, Senatsrat Kraft, daneben: Waldemar Schmidt vom Ostmagistrat.

